

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden.
Gaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gez. Kreis Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 85,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die halbspaltige Anzeigenzeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 1 M.

Nr. 106

Dresden, Montag den 8. Mai 1922

33. Jahrg.

Frankreichs Nein

Nein, nein und dreimal nein! so lautet die Antwort, die Barthou aus Paris zurückbringt. Vor drei Tagen waren die Franzosen durch die Konferenz gestellt worden. Auf alle haben sie eine ablehnende Antwort erteilt.

Ganz besonders in Bezug auf das Memorandum an England muß die Haltung der Franzosen gegenüber Lloyd George und der gesamten Konferenz als ungeheuer rücksichtslos bezeichnet werden. Nach vieler Mühe war es gelungen, eine Einigungsformel zu finden, die auch von Barthou unterzeichnet und nur von den Belgiern abgelehnt wurde.

Barthou reiste dann nach Paris, und das Memorandum sollte den Russen überreicht werden, als im letzten Augenblick ein Telegramm Poincarés eintraf mit der Anweisung an die französische Delegation, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Schließlich fand sich Barreire, der stellvertretende Leiter der französischen Delegation, bereit, wenigstens mit Vorbehalt zu unterzeichnen.

Der Widerstand Belgiens und Frankreichs richtet sich nur gegen einen einzigen Punkt des russischen Memorandums, nämlich den Artikel 7, der die Rückgabe des Eigentums an die durch die Sozialisierung in Rußland geschädigten Ausländer betrifft. Der ursprüngliche Entwurf Lloyd Georges entsprach den russischen Wünschen viel mehr als die Fassung des Memorandums, das mit Rücksicht auf die Belgier und Franzosen abgeändert wurde. Aber selbst diese abgeänderte Fassung dieses Memorandums genügt den beiden Mächten nicht.

Sie bestehen darauf, daß das fremde Eigentum zurückgegeben werden soll, und wollen es auf keinen Fall zulassen, daß es der russischen Regierung freigegeben bleibt, ob sie das Eigentum zurückgeben oder die Betroffenen anderweitig entschädigen will. Die Antwort Barthous lautet: „Die Franzosen können dem russischen Memorandum nicht zustimmen, solange die Belgier nicht in der Lage sind, zu unterschreiben.“

Es liegt ein seltsamer Widerspruch darin, daß diese ablehnende Antwort von demselben Barthou überbracht wird, der das Memorandum zuerst mit unterschrieben hatte. Es war schon auffällig, daß Barthou, der bereits vor seiner Rückkehr nach Genua Lloyd George drählich um eine sofortige Unterredung ersuchte, nach seiner Ankunft in Genua nicht sofort bei Lloyd George vortrat, sondern vorher den belgischen Minister Jai par, den Italiener Schanzer sowie andere Delegationen aufsuchte.

Schanzer hat bereits darauf hingewiesen, daß die Haltung der Belgier und Franzosen im Widerspruch zu den Beschlüssen von Cannes steht, nach denen eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der anderen Länder verboten ist. Es müßte also auch den Russen gestattet sein, das Eigentumsrecht nach freiem Ermessen einzurichten.

Auch den Wunsch Lloyd Georges, in Genua eine Unterredung der Unterzeichner des Verfallener Vertrages zu veranstalten, wollen die Franzosen nicht erfüllen. Barthou erklärte im Namen der französischen Regierung: „Daß die französische Regierung sich eine Besprechung der Reparationsfrage vor dem 31. Mai widersehe.“

Bisher hatte Poincaré die Abwesenheit Millerands als Entschuldigung vorgebracht, daß er nicht Paris verlassen könne. Inzwischen ist Millerand zurückgekehrt, aber Poincaré lehnt es nach wie vor ab, nach Genua zu kommen.

In der Frage des Burgfriedens bestehen die Franzosen noch immer darauf, daß das Recht auf Sanktionen gegen Deutschland in den Pakt mit aufgenommen wird. Sie wissen natürlich, daß Deutschland in diesem Falle den Vertrag nicht mit unterzeichnen kann und daß daher sowohl Lloyd George wie auch die andern Mächte gegen die Einbeziehung der Sanktionen sind.

Poincaré muß sich sehr stark fühlen, um Lloyd George in dieser Weise zu begegnen. Sieht er nicht, oder will er nicht sehen, daß der englische Ministerpräsident sich heute in einer andern Lage befindet als früher, daß er heute vor den Franzosen nicht mehr zurückweichen kann, wie er es bisher nur zu oft getan hat? Denn ein nochmaliges Zurückweichen Lloyd Georges würde ein Ende seiner politischen Macht und Stellung bedeuten.

Während bisher die Rücksicht auf die englische innere Politik Lloyd George sehr oft zu seinem Nachgeben veranlaßt hat, ist die Lage heute von Grund auf verändert. Gerade aus Rücksicht auf die englische Innenpolitik muß Lloyd George heute stark bleiben. Und gegenüber einem weiteren Nachgeben dürfte ihm heute der Druck mit Frankreich als das kleinere Übel erscheinen.

Uns interessiert vor allem natürlich die Frage, was wird nach dem 31. Mai geschehen? Wird Frankreich einmarschieren? Und was wird Lloyd George tun, um den Einmarsch und die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen zu verhindern?

Selbst nach der französischen Auslegung des Verfallener Vertrags hat Frankreich die Berechtigung zum Einmarsch erst dann, wenn die Reparationskommission feststellt hat, daß Deutschland seinen Verpflichtungen abzüglich nicht nachkommt. Dieser Beschluß muß einstimmig gefaßt werden. England und Italien hätten es also leicht, diesen Beschluß unmöglich zu machen, indem sie ihren Vertreter zurückzuziehen. Dennoch ist es nicht unmöglich, daß die Reparationskommission ein abschließendes oder höchstwahrscheinliches Verhalten in der Weigerung der deutschen Regierung erklärt, unseren Staat mit 60 Milliarden neuer Steuern zu belasten und die Finanzkontrolle der Entente anzuerkennen. Jedenfalls hat Lloyd George in seiner Unterredung mit Birch und Rathenau „Ruhe und Mäßigung“ bezüglich der am 31. Mai fälligen

deutschen Verpflichtungen angeraten. Und ob wir das Ersuchen der beiden englischen Mitglieder der Reparationskommission um ihre Abberufung in einem uns günstigen Sinne auslegen können, ist sehr ungewiß.

Tagegen scheint England energische Anstrengungen zu machen, um eine internationale Anleihe für Deutschland zustande zu bringen. Befalls die einzige Möglichkeit, um uns aus unseren augenblicklichen Schwierigkeiten herauszuheben. Zu dem Plan des englischen Finanzmannes Blaket, nach dem unsere Schuld von 110 Milliarden gekürzt werden soll, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Milliarden würde Deutschland nur dann zu zahlen haben, wenn einer der alliierten Gläubiger die Zahlung seiner Kriegsschulden von einem seiner alliierten Schuldner einfordern sollte. Auch England will die französische Schuld streichen, falls Amerika das gleiche mit der englischen Schuld tut. Von den übrigen 45 Milliarden der deutschen Schuld sollen 5 Milliarden in eine englische Anleihe umgewandelt werden, die in den ersten drei Jahren zinslos bleibt und dann fünf v. H. tragen soll. Die restlichen 40 Milliarden sollen mit fünf v. H. Zinsen in halbjährlichen Raten gezahlt werden.

Außerdem müßte für Deutschland eine internationale Anleihe von 30 Milliarden beschafft werden in vier Raten: 3 Milliarden für 1922, 7 Milliarden für 1923 und je 10 Milliarden für 1924 und 1925. Gleichzeitig müßten die Besatzungskosten auf ein Mindestmaß beschränkt werden und Deutschland müßte Zinsen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen geben. Diese Sicherheiten wären:

1. Innerhalb des Jahres 1924 müßten die deutschen Staatsanleihen durch Erparnisse und durch neue Steuern ausgetilgt sein;
2. bestehende Defizite müssen durch innere Anleihen und nicht durch neue Papiergeldausgaben gedeckt werden;
3. die Reichsbank müßte ihre Unabhängigkeit wiedererhalten;
4. die Papiergeldausgabe dürfe eine bestimmte Grenze nicht überschreiten;
5. der Inlandsverkaufspreis der Kohle in Deutschland darf nicht geringer sein als $\frac{1}{2}$ des Weltmarktpreises und muß sich dessen Preisveränderungen anpassen.

Kerner droht Lloyd George, falls Frankreich weiter halsstarrig bleibt, allein zu handeln und sowohl mit Deutschland wie auch mit Rußland ein Wirtschaftsabkommen zu schließen.

Mit der Beigerung der Franzosen, in Genua auch nur einen kleinen Schritt entgegenzukommen, scheint das Aufstehen der an Frieden so reichen Konferenz unumkehrlich. Ebenfalls aber kann es auch sein, daß man bereits morgen zu einer überraschenden Wendung und Lösung dieser bisher gefährlichsten Krise kommen wird. Spricht man doch bereits davon, daß die Belgier das russische Memorandum nun doch nicht unterzeichnen wollen, wodurch auch der französische Widerstand hinfällig werden würde.

Das Ringen Lloyd Georges — Poincaré scheint vor der Entscheidung zu stehen. Ein Anpreis scheint diesbezüglich unmöglich.

Der Rosschrei des Saarlandes

Vorstand. Der Saarverein hat in einer öffentlichen Versammlung in Dortmund eine Entschädigung angenommen. In der es heißt, die bisherige Tätigkeit der Saarregierung ist vorspannend für die französischen Annexionsbestrebungen. Das Saargebiet hat als einziges Auland der Welt keine wirkliche Volksvertretung, sondern wird autoritär regiert. Die brutale Ausweitung des Reiches besteht fort. Alle deutschen Volksgenossen werden aufgefordert, sich für das Saargebiet und seine geäußerte Bevölkerung einzusetzen.

Beretreter der Reichsregierung in Dresden

Auf Einladung der sächsischen Regierung trafen am Sonnabend aus Berlin die Herren Reichsminister des Innern Dr. Ritter, Ministerialdirektor Brest sowie der württembergische Gesandte Hilbrand und der sächsische Gesandte Dr. Grubauer in Dresden ein. Der hauptsächlichste Zweck des Besuches war, den Herren die Bedeutung des Angerechnens und der Arbeits- und Werkstätten für Verfertigung der Rohstoffe und Präparate sowie die Notwendigkeit eines dafür zu errichtenden Neubaus an Ort und Stelle vor Augen zu führen. Zu erstlicher Uebereinstimmung wurde von allen Beteiligten die Notwendigkeit der Errichtung eines würdigen Gebäudes und auch die Notwendigkeit der Beteiligung der Reichsregierung an der Ausführung des Planes anerkannt.

Ernennungen

(N.) Das Gesamtministerium hat den Regierungsrat Dr. Jungmann von der Amtshauptmannschaft Birna zum Amtshauptmann von Frauen und den Staatsminister a. D. Otto Kühn zum Amtshauptmann von Großenhain berufen. Zum Amtshauptmann von Chemnitz ist der Ministerialrat Dr. Streil vom Minister des Innern vorgeschlagen worden. Dr. Streil hat jedoch gelehnt, aus persönlichen Gründen von seiner Ernennung abzusehen zu wollen. Die Frage der Besetzung dieses Postens bleibt daher noch offen.

Zwangswirtschaft oder nicht?

In dem Blatte der christlichen Gewerkschaften, dem Deutschen, macht Dr. E. Suckerl, Fab. Gartzburg, in einer Entgegnung auf einen Aufsatz eines Grafen Stolberg folgende treffende Ausführungen.

Der Versuch des Grafen Stolberg, zu zeigen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Produktion hebe, ist keineswegs zwingend. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln im Jahre 1920 hat allerdings bewirkt, daß der Unterschied zwischen dem 1913 und dem 1921 mit Kartoffeln bespalteten Boden nur noch 2 Prozent betrug, während das letzte Zwangswirtschaftsjahr noch einen Unterschied von 11 Prozent zeigte. Aber dieser nicht mit Kartoffeln bespaltete Boden wäre ohne die Aufhebung der Zwangswirtschaft doch nicht unbebaut geblieben, sondern zum guten Teil für Getreide verwendet worden, und dann hätten wir 1921 nicht so viel Getreide einführen brauchen, unsere Valuta wäre nicht so durch die Getreideinfluhr verbleicht und der Preis des Getreides nicht so hoch gestiegen. Die größere Produktion an Kartoffeln hat gar nicht den Ausschlag an Getreide für die Volksernährung erteilt, weil die Kartoffeln wegen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in einem für die Volksernährung viel zu hohem Maße veräußert worden sind oder noch veräußert werden. Nicht nur die Landwirte haben zu viel Kartoffeln für das Vieh von vorher bestimmt, sondern es sind auch zu viele Kartoffeln zur Viehfütterung angekauft worden. Viele stärkere Verwendung der Kartoffeln zur Fütterung ist aber keineswegs der Allgemeinheit zugute gekommen. Denn die Landwirte haben das Vieh mehr als sonst selbst verzehrt, weil die hohen Preise für Getreide, Kartoffeln und andere Lebensmittel es ihnen möglich machte, mehr als sonst von dem Verkauf des Viehes abzusehen. Diejenigen aber, die Kartoffeln zur Viehfütterung gekauft haben, denken nur in seltenen Fällen daran, wenigstens einen Teil des auf diese Weise gewonnenen Geldes wieder zu verkaufen.

Der Vergleich der Preise für die Produkte, die der Landwirt verkauft, mit den Preisen seiner Produkte, die er kaufen muß, ist, wie Graf Stolberg ihn vornimmt, ebenfalls mehr als bedenklich. Einmal machen von vornherein die Ausgaben für Leder, Kolonialwaren und Textilwaren in dem Haushalt der Landwirte nicht einen so großen Prozentsatz aus, wie das Lebensmittel in dem Haushalt der Nichtlandwirte tun. Dann aber kann bei Leder, Kolonialwaren und Textilwaren doch viel eher der Verbrauch eingeschränkt werden als bei den Lebensmitteln, deren Verbrauch besonders bei Getreide und Kartoffeln ohne Gefährdung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit überhaupt kaum eingeschränkt werden kann.

Was die Preissteigerung betrifft, so gibt Graf Stolberg zu, daß die Spekulation dazu nicht unerheblich beigetragen habe, aber ohne die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln hätte die Spekulation so einflußreich denn doch nicht werden können, wie sie tatsächlich geworden ist. Die Spekulation beruht doch in erster Linie auf der wirklichen oder vermeintlichen Knappheit an Lebensmitteln, und besonders der Kartoffeln. Daß viele Landwirte zeitweilig die Kartoffeln zurückgehalten und viele Händler jeden Preis gezahlt haben, weil sie überzeugt waren, daß sie bei der vorbandenen Frucht der Konsumenten überhaupt keine Kartoffeln zu bekommen, jeden beliebigen Preis wiedererhalten würden, ist ja nicht zweifelhaft und hat sich durch den Erfolg als richtig erwiesen. Daß aber auch viele Konsumenten mehr Kartoffeln gekauft haben, als sie notwendig brauchten, weil sie auf jeden Fall genug haben wollten, ist auch nicht zu bezweifeln. Hätte die Zwangswirtschaft weiter bestanden, so hätte jeder gewußt, daß er die notwendigen Kartoffeln bekommen würde, und die Spekulation hätte nicht eine so große Ausdehnung gewinnen können, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist und noch ist.

Graf Stolberg führt als die hauptsächlichsten Ursachen der Verteuerung an: Pakt, Erhöhung der Frachten, Lagermangel, Steigerung der Kohlen- und Düngemittelpreise und die steuerliche Belastung. Dabei muß man aber beachten, daß alle diese Ursachen der Verteuerung zum nicht geringen Teile auf die Preise der Lebensmittel zurückgehen, die bei der Zwangswirtschaft gar nicht so hoch hätten steigen können. Daß diese hohen Preise zu einem guten Teil auch auf der wirklichen oder vermeintlichen Knappheit und der Ausrichtung der ausländischen Konkurrenz beruhen, kann nicht bestritten werden. Zudem haben die Steuern und die Erhöhung der Frachten den Preis der Lebensmittel in der Regel über die gezahlten Steuern und Frachten hinaus gesteigert. Sie waren oft mehr als Ursache des Steigens der Preise. Graf Stolberg berechnet dann den Vorteil, den die Konsumenten von dem Umlageverfahren in Getreide haben können, auf etwa 11 Milliarden Mark oder etwa 270 M. pro Kopf. Für eine Familie von sechs Köpfen macht das aber schon rund 1600 M. Die Hauptfrage aber ist, daß die durch die Aufhebung des Umlageverfahrens bewirkte Verteuerung des Getreides um 11 Milliarden eine weitere Verteuerung anderer Lebensmittel, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, damit eine Vermehrung des Papiergeldes und so schließlich eine Verschlechterung des Marktkurses herbeiführt.

Graf Stolberg hebt dann weiter hervor, daß die Landwirtschaft im Jahre 1921 durch die Umlage eine Sondersteuer von 10 bis 15 Milliarden aufgebracht habe. Das kann man natürlich nur sagen, wenn man annimmt, daß die Landwirtschaft ein Recht darauf habe, dem Weltmarktpreis zu fordern, auch wenn die Valuta noch so schlecht steht. Ist das der Fall, dann müssen auch die Beamten und Arbeiter das Recht haben, Gehälter und Löhne

Seite 12
EN
NDY
MEL
(Str. L. 8)
früher zur
Bücher u.
bezahlte,
Stellung
ad. oten
beschädigt
geschrieb.
beschr. und
S. 298 an
resden.
Meister
eifter
Sattler
schaft
iterinnen
itz-Dresden.
er
ohes
ndern
amm
errei
replag
Pte
aw

Der Ausbau des Feuerwesens

Verstaatlichung des Feuerversicherungswesens

Von Paul Gerling

Die Berufsfeuerwehr verdient wohl von allen dem Allgemeinwohl dienenden Betrieben die größte Beachtung. Sankt es sich doch bei ihrer Tätigkeit um das Wohl und das Leben der gesamten Einwohnerschaft, die ihr Gab und Gut, ja sogar das Leben der Feuerwehre anvertraut und von dieser den Schutz unter Einsatz aller Kräfte fordert. Es darf wohl behauptet werden, daß die Berufsfeuerwehr der Stadt Dresden bisher dieser Verpflichtung, im Notfall seine unter Freigabe des eigenen Lebens, nachgekommen ist. Mit der im Laufe dieses Jahres abgeschlossenen Automobilisierung ist die Berufsfeuerwehr auf eine Höhe gebracht, die unbedingt erforderlich ist, um den Brandschutz der Stadt zu gewährleisten. Dabei ist zu beachten, daß trotz der umfangreichen Einsparungen eine Vermehrung von Wachen und Beamten bisher nicht eingetreten ist. Wäre man die in den einverleibten Orten etwa noch vorhandenen Freiwilligen Feuerwehren außer Betracht, so muß der Feuerdienst von dem jetzt bestehenden Uebergang von der Werdebepannung zum Automobilismus. Ob diese Regelung für die Dauer beibehalten werden kann, soll hier nicht erörtert werden. Die großen Brände der letzten Zeit ermahnen dazu, der Frage des Feuerwesens erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

In enger Beziehung zu dieser Frage steht aber die Frage der Finanzierung, in der sich die Stadt befindet, und die auch die Berufsfeuerwehr in Mitleidenschaft zieht, da die für den Feuerdienst so notwendigen Mittel in voller Höhe nicht zur Verfügung stehen. Bei eingehender Würdigung der Verhältnisse kommt man zu dem Ergebnis, daß wohl bei einer wirtschaftlicheren Umstellung der jetzigen Organisation der Berufsfeuerwehr einige Ersparnisse gemacht werden können. Die Organisation der Feuerwehroffiziere ist sehr gern bereit, dazu mitzuarbeiten und geeignete Vorschläge zu machen. Auf keinen Fall darf aber diese Ersparnisse so weit führen, daß die Feuerbereitschaft der Stadt darunter leiden würde. Die Allgemeinheit muß im Gegenteil das größte Interesse daran haben, den Feuerdienst auf voller Höhe zu erhalten und die Ausrüstung an Fahrzeugen, Geräten und Apparaten den neuesten technischen Errungenschaften entsprechend zu ergänzen. Nur wenn nach diesen Grundrissen gehandelt wird, kann nach menschlichem Ermessen die große Verantwortung für den Brandschutz der Stadt übernommen werden.

Rechtlich der Feuerdienst in Stadt und Land noch verbessern? Diese Frage stellen, heißt sie ohne weiteres bejahen. In der Stadt können Verbesserungen erfolgen durch Neu- und Umbauten von Feuerwachen, Anschaffung der neuesten Fahrzeuge, Geräte und Apparate, Versorgung mit ausreichendem Löschwasser, Einbau von genügend Oberflächendrantsen, Ausbau der Feuermeldebüro und Anbringung der Weiser nach neuestem System in möglichst kleinen Bezirken, Einstellung einer ausreichenden Zahl von Beamten, Einführung von Unterrichtsreisen und Vorträgen für die Beamten über alle das Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes berührenden Fragen, Verfüzung der gegenüber dem gemeinhin geltenden noch überaus langen Dienstzeit, Erhöhung der Bezahlung, daß sie dem Gehalt des höheren Berufs entspricht, sowie Verbesserung der bestehenden Pensionen, um dem frühzeitigen Verzicht der Beamten einen Ausgleich zu gewähren. Für die Landbezirke ist im allgemeinen zu fordern: Ausbildung der Feuerwehrmänner auf einheitlicher Grundlage, so daß die je nach Teilung nach Ortsabteilung und kleiner in Beschaff kommt. Errichtung von Wasserleitungen und Anlegung von Deichen und Wasserentnahmestellen für Hand- und Motorpumpen bei besonders gefährdeten Grundstücken. Errichtung von Löschzentren mit Motorpumpen in benachteiligten Stadtteilen, nach Bezirken einzoteilt und den nächstgelegenen Berufsfeuerwehren unterstellt. Natürlich muß bei dieser Kürze nur das Hauptstichwort erwähnt werden. Alle weiteren Forderungen und Verbesserungen müssen durch die betreffenden Organisationen gestellt und in Vorbereitung in die Tat mit großen Kosten verbunden und auf diesem Grunde muß daher zuerst an die Aufbringung der

Arbeitszeit der Hausgehilfen

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates verhandelt die Arbeitszeit der Hausgehilfen bei der Fortsetzung der zweiten Sitzung des Ausschusses am 2. Mai d. d. in der ersten Sitzung der Ausschüsse für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Insbesondere war es die Arbeitszeit, auf die es abgesehen hat. Sie billigten zwar den Hausgehilfen eine elfstündige Arbeitszeit an, wolle ihnen aber nicht das Recht auf eine ununterbrochene elfstündige Ruhezeit zugeben. Sie glaubten, daß dadurch die im Gesetz vorgezeichneten Ausnahmen für die Verlängerung der Arbeitszeit aufgehoben würden. Die Arbeitnehmervertreter ließen aber von ihrem Standpunkte nicht ab, und man einigte sich schließlich dahin, eine Umstellung der Länge des betreffenden Paragraphen vorzunehmen, nach der die Ausnahmen nicht mehr als aufgehoben erdienen. Der Antrag der Arbeitnehmer auf den Urlaub, der nach neun Monaten Dienstzeit eines Woche, nach zwei Jahren zwei Wochen und nach drei Jahren drei Wochen betragen soll, wurde durch die Zustimmung aufgehoben, wonach die Verpflichtung sich zur Länge des erkrankten Hausgehilfen bis zu einem Eintritt der gelegentlichen Verhinderungsdauer vorgelassen Zeitraum von sechs Wochen. Geblieben wurde, daß diese Bestimmung nicht gelten soll für Hausgehilfen, die sich nur für die Zeit der Arbeitsbereitschaft in der häuslichen Gemeinschaft befinden, es sei denn, daß der Arbeitgeber zur Beschaffung des Schlafraumes verpflichtet ist. Schließlich wurde noch die obligatorische schriftliche Kündigung beschlossen. In der Gesamtsitzung wurde der Gegenstand mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter der freien Gewerkschaften erklärten sich der Stimme. Sie erklärten, dem Gegenstand nicht zustimmen zu können, weil er keine festungrenzte Arbeitszeit vorsehe.

Willehm auf der Bühne. In Berlin wird Direktor Allmann der Theater des Westens ein Drama Emil Ludwigs "Die Fälschung" aufführen, das Edward Sturz darstellt und den Namen wie Wilhelm II. auf die Szene bringt. Die Aufführung soll nach Beendigung des russischen Gastspiels Mitte Mai stattfinden und als Darsteller des Willehm war Paul Wegener, als Regisseur des Arfners Otto Gebühr vorgesehen. Wie nun die Fälschung Theaterprojekten den Rang von Breuchen betreten hat, ist der Durchführer eines Versuches aus Dresden bekannt. Der Bericht würde also entfallen werden müssen, ob eine Willehm der deutschen Geschichte auf der Bühne dargestellt werden soll, die schon vom Leben dramatisch genug dargestellt wurde.

Die Technische Hochschule ist der außerordentliche Prof. Dr. Auer vom 1. April an zum planmäßigen außerordentlichen Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, in der Allgemeinen Abteilung der Hochschule ernannt worden.

Mittel gedacht werden. Im folgenden will ich versuchen, einige Vorschläge für die Deckung zu machen.

Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß der gesamte Feuerdienst bis auf verschiedene Nebenarbeiten unentgeltlich geleistet wird. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Tätigkeit der Feuerwehre eine unwirtschaftliche ist, sondern das Gegenteil ist der Fall. Durch das strenge durchgeführte Bekämpfen ausgedrohter Brände, sowie durch strenge Kontrolle bestehender und noch zu schaffender feuerpolizeilicher Bestimmungen werden dem Volkswirtschaftlichen Wert erhalten, die gar nicht zu schätzen sind. Die Ruhesteller dieser erhaltenen Werte sind aber zum größten Teile die privaten Feuerversicherungsgesellschaften, die von dem zu zahlenden Versicherungsprämien noch reichliche Ueberlässe machen, die den Aktionären zugute kommen, anstatt daß sie für Verbesserungen und Unterhaltung der Feuerwehren verwendet werden. Es wird daher der Vorschlag gemacht, daß die Gemeinden, die die Kosten für den Feuerdienst aufzubringen nicht mehr in der Lage sind, die Uebernahme der gesamten Feuerversicherung und des Feuerwesens auf das Reich zu übernehmen, unter gleichzeitiger Errichtung eines Reichsbrandschutzamtes, zu dem Vertreter aller beteiligten Behörden und Organisationen hinzugesogen werden.

Das ist eine Forderung, deren Verwirklichung sich die Gewerkschaft deutscher Berufsfeuerwehrmänner als Ziel gesetzt und in deren Sinne sie auch schon Eingaben an die Reichsregierung gemacht hat. Die Feuerversicherung würde damit eine Zwangsversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Die Prämien wären so festzusetzen, daß kein Gewinn erfolgt, sondern nur die Kosten für Schadenersatz, Verwaltung, Unterhaltung und den weiteren Ausbau des gesamten Feuerwesens aufgebracht werden. Das Reich wird unter allen Umständen der Sache näher treten müssen. Die Verluste durch Schadenaufgaben haben eine Höhe erreicht, daß sie nicht unbeachtet bleiben können. Eine eingehende Aufklärung über diese Frage ist in der Schrift: "Der Wirtschaftswert des Feuerwesens von Hans Weilmair, München, gegeben, so daß ich es mir erlauben kann, näher darauf einzugehen.

Ein weiterer Vorschlag sei, daß die Gemeinden die Genehmigung erhalten, eine Feuerwehre-Gemeinde in Lage zu erheben, durch die die Kosten des Feuerwesens gedeckt würden, wie es in letzter Zeit in Oberösterreich durch Gesetz eingeführt worden ist. (Siehe Zeitschrift Feuer und Wasser, 29. Jahrgang, Seite 3.) Auch die Errichtung der Stadt Hamburg verdient Erwähnung zu werden, die durch Zwangsversicherung bei der Hamburger Feuerkasse die Kosten für das Feuerwesen zum größten Teil aufbringt. Nähere Erläuterungen gibt die Broschüre: 400 Jahre Feuerversicherung und Feuerdienst in Hamburg von Wilhelm Duwe, Hamburg.

Bei eingehendem Studium dieser Vorschläge dürfte sich wohl ein gangbarer Weg zur Bekämpfung der Mittel finden. Auf keinen Fall darf ein Abbau der Berufsfeuerwehren eintreten, wie er in einigen Städten schon geplant ist. Vielmehr ist an der weiteren Vervollständigung in allen Bezirken des Feuerdienstwesens zu arbeiten. Sache der Behörden und verantwortlichen Personen ist es, dieser so hochwichtigen Angelegenheit näher zu treten, sie zu einem für die Allgemeinheit günstigen Resultat zu bringen. Mögen diese kurzen Ausführungen dazu beitragen, den Feuerdienst in Stadt und Land auf die Höhe zu bringen, wie er zur Erhaltung unserer Volkswirtschaft erforderlich ist.

Die Arbeitszeit der Hausgehilfen

Die fällige Einkommensteuer

Entrichtung der am 15. Mai fälligen Einkommensteuer-Vorauszahlung. Das Landesfinanzamt Dresden weist darauf hin, daß am 15. Mai 1922 auf die Einkommensteuerpflichtige für das Kalenderjahr 1922 eine Vorauszahlung in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgestellten Einkommensteuer, d. h. der im Steuerbescheid auf das Rechnungsjahr 1920 ausgewiesenen Jahressteuer, zu entrichten ist. Die Vorauszahlung haben Ende April auf Grund von § 42 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes die Steuerpflichtigen durch eine amtliche Einkommenserklärung zu leisten, den sie nach dem Steuerbescheid für 1920 am 15. Februar 1922 zu entrichten hatten, an die im Steuerbescheid angegebene Gebühr abzuführen. Die Vorauszahlung ist von allen Steuerpflichtigen, die nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, also insbesondere von den Gewerbetreibenden, Landwirten, Angehörigen der freien Berufe und Rentnern, und zwar ohne besondere Aufforderung zu entrichten. Die dem Steuerabzug unterliegenden Steuerpflichtigen haben die Vorauszahlung nur dann zu leisten, wenn sie nach ihrem Steuerbescheid für 1920 vorläufige Einkommensteuer für 1921 zu entrichten hatten, d. h. wenn im Steuerbescheid der zweite, die vorläufige Steuer betreffende Absatz nicht getroffen war. Bei der Entrichtung der Vorauszahlung an der Kassenstelle ist der Steuerbescheid für 1920 vorzulegen. Im Falle der Ueberweisung ist die Nummer des Steuerbezirks und die Nummer des Foldebuchs für 1921 anzugeben.

Kaiser und Kunst

Das ist als Privatvermögen vererbt, ist nicht viel. Ich habe die Einkünfte des Staates als einen Teil des Lebensmittels meiner Völker betrachtet, worüber ich ihnen Rechenschaft schuldig bin, und niemals habe ich dabei auch nur den kleinsten Teil zu meinem Privatgebrauch verwendet. Deshalb sterbe ich arm, doch reinen Gewissens und voller Befriedigung über die Verwaltung, die mir anvertraut war." Diese Worte sind zu lesen im Testament, das Friedrich der Große 1752 niedergelagt hat. Aus diesen Worten spricht eine hohe Bestimmung, daß man nur wünschenswert, alle Hohenzollern wären in ihr groß geworden. Besonders der letzte deutsche Kaiser mit seiner Familie scheint oder nur sehr wenig von dieser wahren Vaterlandsliebe ererbt zu haben. Es ist bekannt, wie sich im Laufe der Jahrzehnte die Hohenzollern aus den Einkünften des Staates, aus dem Lebensmittels ihrer Völker bereichert haben. Jetzt, nach ihrer Abdankung, denken sie gar nicht daran, die Verwaltung über dieses Staatsgut abzutreten. Sie kämpfen mit aller Zähigkeit um diesen ihren "Besitz" und wollen jetzt die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und dem preussischen Staat vor einem Schiedsgericht durchsetzen.

Es besteht nun unzweifelhaft die große Gefahr, daß dieses Schiedsgericht nach rein juristischen Gesichtspunkten urteilen und dabei Werte von überwiegend künstlerischer und historischer Bedeutung, die in ihrer Gesamtheit dem Lande unbedingt erhalten bleiben müssen, auseinanderreißen und zerstören werden. Diese Gefahr erkennend, haben sich namhafte Vertreter von Kunst und Wissenschaft, soweit sie

in Staatsdiensten stehen, staatliche Museen, Bildergalerien, Bibliotheken, Archive und Theater verwalten, entschlossen, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der sie darauf hinweisen, wie notwendig es ist, zur Wahrung aller unserer kulturellen Interessen" den geplanten Abbau der Hohenzollern abzuschlagen. Die Denkschrift weist darauf hin, daß durch die Auseinanderziehung Sammlungen, Bauten und Anlagen berührt werden, die zu dem wertvollsten kulturellen Besitz Deutschlands gehören und selbständige Organismen von höchster geistiger Bedeutung für die Allgemeinheit darstellen. Nicht nur einzelne Kunstwerke, mögen sie im Zusammenhang mit der Einrichtung der Schloßer oder aus freier künstlerischer Neigung erworben sein, sind von erstem Rang und von nationaler Bedeutung; auch die ganzen Komplexe, die aus der schöpferischen Kraft vergangener Lebens- und Kunstauflösung, in Bauten, Ausstattung und Umgebung, entstanden sind, sind als unerlebbare historische Monumente und als künstlerische Vermächtnisse anzusehen. Wird in ihrem Zusammenhang vorwiegend noch rein juristischen Gesichtspunkten eingegriffen und werden damit Grundzüge lebendiger Vermögensrechtlicher Natur auf historisch gewordene Besitztümer angewendet, für die sie weder gedacht noch geschnitten sind, so besteht die Gefahr, daß Kulturgüter von unerschöpflicher Bedeutung für unser gelamtes Volksleben auseinandergerissen und damit für alle Zeiten ihrer besten Wirkung beraubt werden.

Blickt jeder Regierung und des gesamten Volkes ist es, dieses geistige Vermächtnis der Nation als Denkmahl ihres Bildungs- und Kunstlebens zu schonen und unverletzt der Allgemeinheit zu erhalten; haben doch auch die deutschen Landesfürsten, die Hohenzollern voran, sich nicht schlecht als Privatbesitzer, sondern als Verwalter dieser geistigen Werte gefühlt.

Zum Schluß richten die Unterzeichner an alle zur Mitwirkung Verufenen die dringende Bitte, bei der Auseinanderziehung zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen Königs- und Kaiserhause diese Behauptungen, in welcher äußeren Form es auch sein mag, durchzusetzen und in jedem Falle darauf zu dringen, daß die Entscheidungen über diese vorwiegend kulturellen Fragen nicht rein privatrechtlicher Norm unterworfen sind.

Wenn die Hohenzollern die Vaterlandskunde wären, als die sie sich hinstellen, und wenn sie in der Geschichte nicht als skrupellose Ausbeuter ihres Volkes und Vernichter hoher kultureller Werte erscheinen wollen, dann würden sie auf dieses Schiedsgericht verzichten und ihrem geliebten Vaterlande" geben, was ihm und nicht ihnen gehört.

Aus aller Welt

Zum zweiten Mal ausgeplündert

Rattow, 7. Mai. In die Wohnung des Kaufmanns Bacht in Rattow, der bereits vor einigen Tagen von Banditen heimgesucht worden war, drangen erneut einige bewaffnete Männer ein und plünderten ihn und seine Familienangehörigen unter Todesdrohungen zur Herausgabe eines großen Postens Bäche und Reichungsscheine vom 15.000 M. Bargeld. Nachdem die Räuber Frau Bacht mit Handeln hatten, verschwanden sie unerkannt.

Verhafteter Mörder. Der an der verstorbenen Landesproduktionsleiterin Amalie Schaller in der hohen Straße in Leipzig verübte Mord hat rasch seine Aufklärung gefunden. Der Täter ist in der Person des 1893 in Warschau geborenen Kaufmanns Edward Hajer ermittelt und festgenommen worden, der den Mord als Wahrscheinlichkeit nach in Gemeinschaft mit seiner Geliebten, der verstorbenen Lew aus Leipzig, ausgeführt hat. Am Wochenende fuhren beide mit dem Schnellzug nach Berlin, um einen Bekannten, einen gewissen Langhuth, aufzusuchen und dann nach Warschau zu verschwinden. Da der Leipziger Polizei von dem Verbrechen auf Hajer, der in dem Raden der Frau Schaller eingekerkert wurde, Verdacht hatte, ließ sie sofort in der Wohnung des Langhuth nachsehen, wo eine Reichsbanknote mit der geliebten Schallers beschriftet wurde. Beide fuhren wieder nach Leipzig, wo sie verhaftet wurden. Hajer hatte von der Leipziger Polizei kurz vor der Verhaftung einen Zettelmess für einen Tag nach Warschau beantragt.

Letzte lokale Nachrichten

Die fällige Einkommensteuer

Entrichtung der am 15. Mai fälligen Einkommensteuer-Vorauszahlung. Das Landesfinanzamt Dresden weist darauf hin, daß am 15. Mai 1922 auf die Einkommensteuerpflichtige für das Kalenderjahr 1922 eine Vorauszahlung in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgestellten Einkommensteuer, d. h. der im Steuerbescheid auf das Rechnungsjahr 1920 ausgewiesenen Jahressteuer, zu entrichten ist. Die Vorauszahlung haben Ende April auf Grund von § 42 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes die Steuerpflichtigen durch eine amtliche Einkommenserklärung zu leisten, den sie nach dem Steuerbescheid für 1920 am 15. Februar 1922 zu entrichten hatten, an die im Steuerbescheid angegebene Gebühr abzuführen. Die Vorauszahlung ist von allen Steuerpflichtigen, die nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, also insbesondere von den Gewerbetreibenden, Landwirten, Angehörigen der freien Berufe und Rentnern, und zwar ohne besondere Aufforderung zu entrichten. Die dem Steuerabzug unterliegenden Steuerpflichtigen haben die Vorauszahlung nur dann zu leisten, wenn sie nach ihrem Steuerbescheid für 1920 vorläufige Einkommensteuer für 1921 zu entrichten hatten, d. h. wenn im Steuerbescheid der zweite, die vorläufige Steuer betreffende Absatz nicht getroffen war. Bei der Entrichtung der Vorauszahlung an der Kassenstelle ist der Steuerbescheid für 1920 vorzulegen. Im Falle der Ueberweisung ist die Nummer des Steuerbezirks und die Nummer des Foldebuchs für 1921 anzugeben.

Warnung vor gestohlenen Wechseln

In der Nähe Dresden sind aus einer Fabrik acht Stück Wechsel, das Stück auf 100.000 M. ausgestellt, entwendet bei der Reichsbank Hamburg filiale Auton. gestohlen worden. Die Wechsel tragen die Nummern 180 bis 188. Bei Einlösung wird getarnt.

Vom Viehmarkt

Eigene Nachricht. Dresden, 8. Mai. Am Viehmarkt zeigte die neue Woche mit erheblichen Preissteigerungen ein. Der Döner wurde heute morgen gleich 200 umgesetzt, um sich später auf 300 zu steigern. Das Geschäft war sehr lebhaft. In der Effektenbörse machte sich heute wieder eine Kaufneigung bemerkbar, so daß ein gewisser Anstieg am Effektenmarkt unvermeidbar war. Zwar ist das Geschäft noch sehr ruhig, da die Erhebung kaum mit Aufträgen an den Markt gekommen ist, sondern abwar ende Haltung einnimmt. Soweit sich in den Vormittagsstunden ein Verkauf gemahnen läßt, dürfte sich die Befestigung auf alle Reichsgebiete erstrecken.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Elde

Wasser	6.	7.	Wasser	6.	7.
Moldau	23	23	Brandis	49	47
Elbe	12	12	Melitz	68	66
Eger	10	10	Zeitweitz	67	60
Elde	48	48	Küllitz	68	66
	38	34	Dresden	80	86

Kollegiale Schulverwaltung und Gewerbesteuer

Verhandlung des Sächsischen Gemeindevorstandes... Auf der umfangreichen Tagesordnung ist folgendes hervorgehoben:

Nachdem die 113. Landtagsvorlage, die den Entwurf einer Gemeindeordnung für den Freistaat...

Das Kultusministerium hat Erhebungen darüber angestellt, ob sich für Sachsen die Einführung der vollen kollegialen Schulverwaltung...

Die 15. des Gewerbesteuergesetzes bestimmt, daß von dem Aufkommen der Gewerbesteuer zusätzlich der von den Gemeinden...

Die Entscheidung des Reiches, den Reichsbeamten den verlängerten Urlaub zu erteilen...

Das unter dem 24. März beschlossene Reichsmieterschutzgesetz überläßt die Durchführung einzelner Bestimmungen...

Irrungen, Wirrungen

Berliner Roman von Theodor Fontane

Johanna war die größere von den beiden d'Arcs, sehr hübsch, etwas blaß und mit raffinierter Einfachheit gefärbt.

"Was meinen Sie, Johanna?" wiederholte die Königin ihre Frage.

"Nun, dann schlag' ich vor, daß wir nach dem Dorfe zurückgehen, von dem wir gekommen sind."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

Waltung haben solle. Dabei beruht der Vorstand nicht, daß, nachdem der sächsische Staat dem Beispiele des Reiches...

Sächsische Angelegenheiten

Helfferich in Dresden

Der Arbeitsausfluß deutschnationaler Industrieller in Sachsen hielt am Sonnabend unter dem Vorsitz des Fabrik-Helfferich...

Wir möchten einmal sehen, wie es in der Welt aussieht in Deutschland regiert hätte.

Die deutschnationalen Unternehmer nahmen dann noch eine Resolution an, in der sie sich bei der deutschnationalen Reichstagsfraktion...

Das sich die sächsischen deutschnationalen Industriellen in einer Entschliessung auch gegen die geplante Reform der Gemeindeverfassung wandten...

Katholische Feiertage und Industrie

In den Ortschaften der Kreisbauernschaft Baußen mit überwiegender römisch-katholischer Bevölkerung...

Großhannau

An Herzschlag verstarb am Donnerstag abend plötzlich der hier wohnhafte 64jährige Steinbrücker...

Stadt-Chronik

Reichswehr

Auf die Frage, wozu die Reichswehr dient, scheint es fast nur noch eine Antwort zu geben: sie dient der Pflege des alten militärischen, nationalistischen Geistes.

Über jener Kaiserne „welken am Sonnabend die deutschen und die sächsischen Farben“...

In diesem Maße spielten sich die damit im Zusammenhang stehenden Veranstaltungen in der Kaiserin-Kaserne in Liebigau...

Das sich die sächsischen deutschnationalen Industriellen in einer Entschliessung auch gegen die geplante Reform...

Die deutschnationalen Industriellen nahmen dann noch eine Resolution an, in der sie sich bei der deutschnationalen Reichstagsfraktion...

Das sich die sächsischen deutschnationalen Industriellen in einer Entschliessung auch gegen die geplante Reform...

Katholische Feiertage und Industrie

In den Ortschaften der Kreisbauernschaft Baußen mit überwiegender römisch-katholischer Bevölkerung...

Großhannau

An Herzschlag verstarb am Donnerstag abend plötzlich der hier wohnhafte 64jährige Steinbrücker...

Johanna folgte mit Margot. Sie blieben absichtlich etwas zurück und brachen sich Vorkünder ab...

"Gefallen? gar nicht. Das fehlt auch noch, daß solche mit spielen und in Mode kommen!"

"Nein," sagte Margot, „dumm ist sie nicht; sie hat's bloß noch nicht weg..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

"Aber, Johanna, der Frieder blüht ja gar nicht mehr, höchstens noch der Goldregen..."

NI... (Stellen...)

wiese)...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Dr. Moser...

Vorsicht! Reichswehr! In jenen Winkel, in dem wir am 9. November die anderen Andenken an die wilhelminische Zeit geworfen haben?

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Der Dresdner Lehrerverein hat auf einstimmigen Beschluß einer sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung folgende Entschliessung dem Reichstag des Innern und dem Reichstag zugestellt:

Der Dresdner Lehrerverein erhebt noch einmal entschiedenen Einspruch gegen den Entwurf des Reichsschulgesetzes, wie er jetzt dem Reichstage vorliegt. In dem Beschlusse, die dem Bildungsausschuss des Reichstages bisher gefaßt worden sind, erwidert er eine Verletzung der grundlegenden Verfassungsbestimmungen. Entsprechend dem Geist der Verfassung soll das Schulwesen in seinem Aufbau zerlegt und in innerer und äußerer Abhängigkeit von Volkstum und Weltanschauungsgruppen gebildet, soll die selbständige Staatsschule und Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit der Lehrer bedroht, die innere Volkseinheit durch Verdrängung des Lehrenden und Befördernden weiter zerrissen und in die Jugendbeziehung ein jugendfremder Geist hineingetragen werden.

Neubauten für das Friedrichstädter Krankenhaus

Die räumlichen Unzulänglichkeiten im Stadtkrankenhaus Dresden-Friedrichstadt, die sich seit vielen Jahren fühlbar machen, hatten den Mal bereits vor dem Kriege beanlagt, den Plan zu einer tiefgreifenden Umgestaltung dieses Krankenhauses ins Auge zu fassen. Er ist infolge verschiedener Umstände nicht weiter verfolgt worden; hauptsächlich spielten die Kosten eine Rolle.

Die Einrichtung des Gebäudes ist selbstverständlich den modernsten Erfordernissen entsprechend vorzusehen. Im Keller sind Heizung, Wasserversorgung, Warmwasserbereitung, Sammelrohrsysteme, sowie die erforderlichen Nebenräume untergebracht worden. Ein Aufzug verbindet neben zwei Treppenhäusern die oberen Geschosse. Im Erdgeschoss werden die Räume für den leitenden Arzt, für Untersuchungen, Operation und Kranke untergebracht, im ersten und zweiten Obergeschoss werden ebenfalls Kranke Aufnahme finden und das dritte Obergeschoss wird die Räume für das Personal enthalten.

Von der Ortstrantentasse

Der Ausschuss der Allgemeinen Ortstrantentasse für Dresden hielt am 28. April die erste Sitzung, an der 27 Arbeitgeber, 56 Beschäftigtenvertreter und 14 Vorstandsmitglieder behutsam ordentliche Ausschüsse ab.

Zunächst wurde über den vorliegenden Rechnungsabschluss für das Jahr 1921 berichtet. Aus demselben ist folgendes hervorzuziehen: In das Geschäftsjahr 1921 wurde ein Kassenbestand von 8.779.060,95 M. übernommen. Die Erträge aus Kapitalanlagen betrugen 224.079,25 M. An Beiträgen gaben ein von verpflichteten Mitgliedern 38.492.069,81 M., von den Arbeitgebern 19.293.495,08 M. und von den verpflichtenden Mitgliedern 4.712.925,57 M.

Über die Ausgaben ist zu berichten, daß für Krankenversorgung, Geburtshilfe durch approbierte Ärzte 7.324.654,73 M. zu zahlen waren. Die Zahnbehandlung durch approbierte Zahnärzte kostete 923.756,07 M. und für Krankenbehandlung und Geburtshilfe durch angehende Hebammen, Hebammen usw. waren 47.685,45 M. aufzuwenden.

Der Verwaltungsaufwand betrug 1.605.013,57 M. Unter Vermögensanlagen sind für Wertpapiere 1.802.247 M. für Apotheken 175.710,71 M. und für Erwerb von Grundbesitz 331.281,87 M. angegeben worden.

Die sonstigen Ausgaben betrugen 318.389,18 M., so daß ein Abschluß des vorhandenen Kassenbestandes am Jahresausgang in Höhe von 7.177.631,31 M. der Rechnungsabgrenzung in Einklang mit den Ausgaben sich mit 69.545.843,14 M. ausgleicht. Der Rechnungsabschluss ist in allen seinen Teilen von dem genannten Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden. Die Jahresrechnung wurde vom Ausschuss einstimmig richtig gesprochen und der Verwaltung Entlassung erteilt.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit dem vorliegenden Entwurf des 10. Rahmtrages zur Affensicherung, der die Gewährung von Gehältern bis zum Höchstbetrage von 200 M. sowie Gewährung einer Beihilfe für höhere Beamtinnen in dieser Höhe, eine Neuordnung der Erhaltung der Kosten für ärztliche Hilfe für außerhalb des Kaiserlich-Preussischen Wohnortes Angehörige, eine Erhöhung der Wittwenbeiträge bei Unterbrechung der Familienangehörigen in einer Teilzahl bzw. bei ambulanten Behandlung Krankheitszustände, eine Erhöhung der Entschädigungssätze an die Vorgesetzten und Auszubildende vorschlägt, und genehmigte die Vorlage.

3,75 M. für ein Pfund Zeitungsblätter. Die Großhändler geben seit Kurzem - sage und Schreie - 3,75 M. für ein Pfund Papier. Darum Zeitungsleser, hebt die alten Exemplare auf und verkauft am Monatsende das Papier. Durch den Preis des Papierverkaufs verringert sich die Aufwendung für das Befolgen um ein beträchtliches. Solange derartige Preise für Altpapier gezahlt werden, ist für jeden das Halten der Zeitung möglich.

Die Deutsche Keramikgesellschaft, deren Arbeitsziel die Erforschung der in die keramische Industrie einschlägigen wissenschaftlichen Fragen ist, hat beschloffen, ihre diesjährige Hauptversammlung vom 18. bis 21. Juni in Dresden im Anschluß an die Jahresschau Deutscher Arbeit abzuhalten.

Tot aus fanden. Am Sonntag früh wurde die 66 Jahre alte Hauswirtsch. Frau Stern. Junge geb. Köhl in ihrer Wohnung am Se. 26. 2. entdeckt aufgefunden. Es handelt sich um den Verbleib der pöbelhafte Frau der gesund gewordenen Frau durch Vergiftung herbeigeführt worden ist, da tags zuvor ihre Schlafkammer von einem Kammerdiener gegen Angehörige desinfectiert worden ist. Die Leiche wurde deshalb polizeilich beschlagnahmt und die Angelegenheit von der Kriminalpolizei zu weiteren Untersuchungen in die Hand genommen. - Am Sonnabend früh wurde am Wilhelm Platz ein Arbeiter, in der Luisenstraße wohnhafter Arbeiter erhängt aufgefunden.

Tot im Eisenbahnhause. Am Freitag abend wurde in einem Wagon eines am Hauptbahnhof in der Richtung nach Pfla am abgestellten Personenzuges ein in Pfla wohnhafter 57 Jahre alter Werkmeister von einem Herzschlag betroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Entwurf. Am 2. Mai, in der Zeit von 12 bis 7 Uhr nachmittags fand eine öffentliche Versammlung im Grundschulsaal für die 25.000 M. Kleidungsstücke und andere Sachen geflohen worden. Unter anderem ein schwarzes Kleid mit schwarzen Verzierungen, ein weißes Kleid mit weißen Verzierungen, ein weinrotes Stoffkleid, ein braunes Sommerkleid, ein Aufhänger der Name Johann Larasch, Joffenhäuser, ein blauer Gehobring, eine rotbraune Fingerringe, eine feingliedrige goldene Perlenkette, drei Paar Vorhangsgeländer zu 1 und 2 M. und 30 M., eine silberne Bodenleuchte mit dem Bildnis Hindenburgs, darstellend, wie dieser einen Wären roter, eine mattgoldene dreieckige Brosche, ein gelbbraunlederernes Damensäckchen mit etwa 100 M. in Silbergeld und ein Paar neue braune Herrenhalbschuhe. Personen, die Wahrnehmungen zu dem Diebstahl gemacht haben oder Angaben über den Verbleib der Sachen machen können, werden nach der Kriminalpolizei gebeten.

Ärztliche Unglücksfälle. Sonntag den 7. Mai wurde die 64 Jahre alte Witwe J. Am See 26. II. wohnhaft, in ihrem Bett tot aufgefunden. Der Tod war anzusehen durch Einatmung von giftigen Gasen erfolgt. Tags zuvor hatte der Kammerdiener D. die bei 7. geschloffenen zwei Zimmer mit Schwefelsäure und Jodkali desinfiziert und der Verstorbenen aufgegeben, die Fenster dieser Zimmer mindestens 24 Stunden offenzuhalten. Dieser Anweisung war die Verstorbenen nicht nachgekommen. Sie hatte vor dem Schlafengehen die Fenster geschlossen. Ob die Todesursache auf die Desinfektion der Zimmer zurückzuführen ist, kann erst durch die Section festgestellt werden.

Diebstahl von Wasserleitungsrohr und Wasserhähnen haben in der letzten Zeit in Gärten zugenommen. Da es bisher nicht möglich war, die Diebe zu ermitteln, wird um sachdienliche Mitteilungen über die vermutlichen Täter und den Verlauf von Weitzung und Weitzungshähnen nach Zimmer 73 des Polizeipräsidiums gebeten.

Internationaler Bund der Arbeiter. Gruppe Striesen. Dienstag den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Däne, Cafe Pfla und Kaiserstraße, Mitgliederversammlung. Thema wird dort bekanntgegeben. Gäste sind willkommen.

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Befreiung der Geisteskranken wird am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr (Einlaß 7 1/2 Uhr), im Hotel zum Palmengarten, Birnhauser Straße 20, einen weiteren Vortragsabend veranstalten. Herr Prof. Dr. med. Werber spricht über das Thema: Salvarsan - Wohltat oder Verbrechen. Mitglieder haben zu diesem Vortrag gegen Vorzahlung der Mitgliedskarte kostenlos Zutritt. Für Nichtmitglieder beträgt der Eintrittspreis 1,50 M. Der Kartenverkauf beginnt um 7 Uhr abends an der Kasse (Hotel zum Palmengarten). Zu diesem Vortrag haben Personen beiderlei Geschlechts Zutritt.

Verban, Deutscher Reformklub C. S., Ortsgruppe Dresden. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Palmengarten, Birnhauser Straße, Vortragsabend. Herr Schriftsteller und Redaktionsmann Otto Hüper aus Berlin spricht unter Vorführung von Lichtbildern und Filmen über: Die moderne Zeitung, ihr Aufbau und ihre Arbeit. Der Eintritt ist frei. Gäste, Damen und Herren, sind willkommen.

Aus dem Partyleben

Rinderkommission 5. Kreis. Mittwoch Spielen im Freien. Stellen der Kinder: Johannstadt 2 1/2 Uhr Dürer- und Sebnitzer Platz. Altstadt 2 1/2 Uhr Schützenplatz.

4. Unterbezirk

Rinderkommission Reuditz. Mittwoch nachmittags Spaziergang im Arie. Die Kinder stellen sich um 3 Uhr Schützenplatz. Vesperbrod ist mitzubringen.

Wischen Abteilung Frauen. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Café Wodan, Markstraße, Frauenabend. Genosse Lehner hat unter Vorführung des Charakters der Frauen zu sprechen. Erwachsene Dichter und gleichnamige Gäste mitbringen. Keine Genossinnen!

Gruppe M. A. M. Frauen. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, beginnt im Jugendheim, Oppestraße 12, ein Frauenkursus. Die Genossinnen, die sich dazu anmelden haben, werden erl. 12. Mai 7 1/2 Uhr dort zu sein. Weill pünktlich begannen wird. Der Kursus wird an sechs aufeinander folgenden Dienstagen abgehalten. In dieser Zeit halten die Frauenabende aus.

Bezirk Trachenberg. Abt. Frauen. Die an dem im Jugendheim, Oppestraße, stattfinden werden teilnehmenden Genossinnen treffen sich morgen Dienstag, abends 6 1/2 Uhr, an der Haltestelle Trachenberg Platz. Alle müssen zur Stelle sein.

Rinderkommission Trachenberg. Nächsten Mittwoch stellen sich die Kinder 2 1/2 Uhr auf dem Dübenerplatz. Bei letzterem Wetter im Vergleichen.

6. Unterbezirk

Bezirk Naumburg. Dienstag, 7 1/2 Uhr, in der Naumburger Höhe, Kreuzstraße, Frauenabend. Vortrag des Genossen Parteilieders über die gegenwärtige Lage.

Bezirk Cotta. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Dörfelstraße, Männerabend. Vortrag des Genossen Rahmig über: Die Lage von Cotta.

Rinderkommission Cotta. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Sängerbund, Frauenabend. Vortrag des Genossen Lehner über: Die soziale Auslieferung des Kindes.

Bezirk Cotta. Heute abend 7 1/2 Uhr in der Dörfelstraße, Frauenabend. Vortrag des Genossen Ruge über: Die soziale Auslieferung des Kindes.

Bezirk Cotta. Donnerstag in Adreas' Gasthof, Frauenabend. Vortrag des Genossen Lehner über: Die soziale Auslieferung des Kindes.

Beamten- und Lehrerverammlung

Das Ortsbüro Dresden des Deutschen Beamtenbundes hatte für Sonntag vormittag eine Versammlung der Dresdner Beamten- und Lehrerschaft einberufen. Der Direktor des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes, Schuber, sprach über: In der Lage und der deutschen Beamten und Lehrer. Er entwarf eine Skizze der Lage der Beamten und Lehrer unter Berücksichtigung der Bedürfnisse, die durch die ungeheure Steigerung aller Lebensbedürfnisse seit Anfang 1922 (60 Prozent) noch ungedeckter geworden ist und durch die versprochenen Zulagen nicht gemindert wird. Die Beratungen mit der Regierung fürchten um ihrem Resultat, obwohl der D. B. B. nur das Beste der Gehälter von 1914 verlangte. Das ist nur die Hälfte der Gehälter, die die Beamten im Lebensunterhalt erfahren haben. Nun muß der Staat die Beamten wegen ihrer Forderungen schuld an den hohen Steuern geben. So ist es vor nicht. Während zum Beispiel vor dem Krieg die Beamten Gehälter von 1000 bis 1500 Mark bezogen, bezogen sie heute nur 500 bis 700 Mark. Die Beamten verlangen eine gleiche Lohnskala, die auch nur ein Notbehelf ist, aber in England, Skandinavien usw. sich gut bewährt hat. Auch das zu langsame Vorgehen der Beamtenvereine sei zu monieren. Das Gesetz ist das beste Mittel zur Demokratisierung der Verwaltung. Aber obwohl Lehner sich über die Sache nicht äußert, daß die Zulagen in den höheren Bezahlungsguppen die in den niederen weit überschritten. (Nur 1000 Mark in der Bezahlungsguppe, die 1000 Mark übersteigt.)

In der Aussprache behauptete (Eisenbahner) sich ziemlich ausführlich auf den Eisenbahnerstand ein. Dieser sei bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen (1) herbeigeführten Verbilligung gemeint. Wenn man den Beamten das Streikrecht befreie, so mit Recht. Die Eisenbahner seien der Bezahlung der Beamten gegenüber. Seit 1914 seien die Eisenbahner Verordnungen gemacht, aber bis heute nicht gefastet worden. Mit den Beamten des Deutschen Beamtenbundes ist Lehner nicht zufrieden, es seien freiwillige Mitglieder der Beamtenvereine. Die Vorstände möge sich nur in Schlichtungsmaßnahmen. Aber auch die Leute des D. B. B. seien Opfermissetäter. Trotzdem und oft abgelehnter harter Worte waren seine Ausführungen reichlich unklar und gaulen nicht von großer Kenntnis der Arbeiterbewegung, zu der er hoffentlich bei den Beamten doch rechnet.

Gröschmann vom Dresdner Lehrerverein wandte sich besonders gegen die Selbstauflösung, Inoffizialität und die Demittierung der Beamten sowie gegen das Verbot der Besetzung der Reichsbeamtenämter, die die Beamtenvereine nicht bezogen und die Reichsbeamten ähneln, die die Wiederkehr der alten Zustände erstrebten.

Rüttner (Polizei) behauptete, daß die meisten der Beamten, die für die Sicherung des Staates zu sorgen haben, in der Bezahlung 1 bis 3 Tausend und größtenteils ihre Frauen auf Erwerb stellen müssen.

Schapel (Lehrerverein) wünschte mehr Versammlungen, mehr Aktion mit den Arbeitervereinen. (Lehrerverein) wandte sich gegen die Schwächung der Politik des D. B. B., gegen die 13 Gehaltsstufen an Stelle der wenigen, die die Beamtenvereine gewünscht, und den Ortsvereinen erstrebten.

Rahmen der Referent noch den Sächsischen Gemeindebeamtenbund in Schutz zu nehmen gesucht und der Vorsitzende eine häufigere Versammlungstätigkeit vorschlugen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die im Volkswohlstand in Dresden am 7. Mai 1922 versammelte Dresdner Beamten- und Lehrerschaft fordert zur Vermeidung künftiger Erschütterungen des Wirtschaftslbens das 1. Entschieden die Forderungen des D. B. B. die Beamtenvereine der Forderung der Leitung und der Forderung der Beamtenvereine rascher und ausdehrender angepaßt werden als bisher und daß zu diesem Zweck bereits mit der bringenden erarbeiteten nächsten Gehaltsregelung die gleiche Gehaltsstufen eingeführt werden. Sie fordert

2. daß mit der Demokratisierung der Verwaltung in dem Sinne einverstanden wird, daß nun mit Beschleunigung das in der Reichsbeamtenvereinbarung vom 11. August 1919 den Beamten versprochen Beamtenvertragsausgleich in Gestalt eines freiheitlichen, demokratisch ausgehandelten, mit dem Wirtschaftswachstum verfahrenen Beamtenvertragsgesetzes vom Reichstag herbeigeführt werden.

3. Sie ist empört über die bei jeder Aufhebung der Beamtenvereine nach einer aber amtlicher Seite in der Presse betriebene Volkerverhetzung und beurteilt diese aufreizende und in keiner Weise begründete Handlungsweise auf den Beamtenvereine.

Die Versammlung zeigte, daß in der nicht sozialistischen Beamtenvereine nach ein ganz anderes Verhältnis eingetreten wäre, ehe die Dinge sich zum Besseren wenden können. Von so vielen Tausenden Beamten waren in der Versammlung nur einige Hundert anwesend, und wenn diese auch manches kräftige Wort beizubringen, so schied sie doch rasch, wie vor allem auch bei der Stimmung, die Unklarheit noch groß. Ueber die Presse (gemeint war die bürgerliche) wurde viel gelauscht, aber es fiel nicht ein Wort, daß diese Presse abzuschaffen und nicht mehr zu unterwerfen sei.

Bezirkstag Dresden-Altfeld

Unter Vorsitz des Genossen Stahl, Vorsitzers des Altfelder Bezirks, fand am Freitag ein öffentlicher Bezirkstag der Arbeitshauptmannschaft Dresden-Altfeld statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen

die Haushaltungspläne

für das Rechnungsjahr 1922-23, deren hauptsächlichste Biffern bereits mitgeteilt haben. Der Amtshauptmann Dr. Schulz machte darauf aufmerksam, daß die dauernde Geldverknappung keine Gewähr mehr für die Wichtigkeit der in den Haushaltungsplänen eingetragenen Biffern bietet. Während nach dem Rechnungsergebnisse 1920-21 die Einnahmen aus den Verpflegungsbetrieben auf 370.800 M. stellen, waren sie jetzt für 1922-23 mit 2.067.955 M. zur Einstellung gelangt. Infolge des Inkrafttretens der neuen Haushaltsordnung am 1. April hat die Verpflegungsbetriebe am 21. April beschloffen, dem Bezirkstag ein: Erhöhung des Verpflegungsbudgets von 20 auf 30 M. vorzuschlagen. Dagegen hat nun der Beirat der Beamten und Angehörigen des Bezirksamtes Stellung genommen; er hält eine Erhöhung auf 25 M. für berechtigt. Der Amtshauptmann legt aber dar, daß der Beirat von falschen Berechnungen ausging, und empfahl deshalb, dem Verlasse des Verpflegungsbudgets zuzustimmen.

Bezirkstag Cotta

Am Freitag, den 4. Mai, fand ein öffentlicher Bezirkstag der Arbeitshauptmannschaft Dresden-Cotta statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen

die Haushaltungspläne

für das Rechnungsjahr 1922-23, deren hauptsächlichste Biffern bereits mitgeteilt haben. Der Amtshauptmann Dr. Schulz machte darauf aufmerksam, daß die dauernde Geldverknappung keine Gewähr mehr für die Wichtigkeit der in den Haushaltungsplänen eingetragenen Biffern bietet. Während nach dem Rechnungsergebnisse 1920-21 die Einnahmen aus den Verpflegungsbetrieben auf 370.800 M. stellen, waren sie jetzt für 1922-23 mit 2.067.955 M. zur Einstellung gelangt. Infolge des Inkrafttretens der neuen Haushaltsordnung am 1. April hat die Verpflegungsbetriebe am 21. April beschloffen, dem Bezirkstag ein: Erhöhung des Verpflegungsbudgets von 20 auf 30 M. vorzuschlagen. Dagegen hat nun der Beirat der Beamten und Angehörigen des Bezirksamtes Stellung genommen; er hält eine Erhöhung auf 25 M. für berechtigt. Der Amtshauptmann legt aber dar, daß der Beirat von falschen Berechnungen ausging, und empfahl deshalb, dem Verlasse des Verpflegungsbudgets zuzustimmen.

Bezirkstag Cotta

Am Freitag, den 4. Mai, fand ein öffentlicher Bezirkstag der Arbeitshauptmannschaft Dresden-Cotta statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen

die Haushaltungspläne

für das Rechnungsjahr 1922-23, deren hauptsächlichste Biffern bereits mitgeteilt haben. Der Amtshauptmann Dr. Schulz machte darauf aufmerksam, daß die dauernde Geldverknappung keine Gewähr mehr für die Wichtigkeit der in den Haushaltungsplänen eingetragenen Biffern bietet. Während nach dem Rechnungsergebnisse 1920-21 die Einnahmen aus den Verpflegungsbetrieben auf 370.800 M. stellen, waren sie jetzt für 1922-23 mit 2.067.955 M. zur Einstellung gelangt. Infolge des Inkrafttretens der neuen Haushaltsordnung am 1. April hat die Verpflegungsbetriebe am 21. April beschloffen, dem Bezirkstag ein: Erhöhung des Verpflegungsbudgets von 20 auf 30 M. vorzuschlagen. Dagegen hat nun der Beirat der Beamten und Angehörigen des Bezirksamtes Stellung genommen; er hält eine Erhöhung auf 25 M. für berechtigt. Der Amtshauptmann legt aber dar, daß der Beirat von falschen Berechnungen ausging, und empfahl deshalb, dem Verlasse des Verpflegungsbudgets zuzustimmen.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off. Includes words like 'Montag', 'Beilage', and 'Seite 8'.

In der Aussprache bezeichneten Fabrikdirektor Spithaler, Geschw. es als erfreulich, dass sich die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksamtes...

Haushaltsplan für den Bezirksamtsbezirk Dresden. Während im letzten Jahre der Bedarf noch auf 200 000 M. veranschlagt worden war, eine Differenz von 218 000 M. überschritten wurde...

Die rote Fahne Die Arbeiter-Turn- und Sportzeitung schreibt in ihrer Nr. 9 vom 3. Mai 1922: Unter diesem Titel beschäftigen wir uns in Nr. 6...

Die Kosten für die Erweiterung des Stadtschwimmbades Dresden. Die Kosten für ein Bad sind auf 25 000 M. veranschlagt. Der Bezirk Dresden möchte sich ursprünglich mit etwa 15 Stellen beteiligen...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Bewerkschaftsbewegung

Die Löhne der Gemeinbearbeiter ab 1. Mai Zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter...

Table with columns: Position (Handwerker, Angelernte, Ingelernte, Facharbeiterinnen, Angelernte Arbeiterinnen), Lohnklasse (A, B, C), and Lohn (18.00, 17.00, 16.00, etc.)

Eine Vollversammlung der Betriebsräte aller Gruppen wird am Donnerstag 7. Mai in den Räumlichkeiten am Fischhofplatz abgehalten. Genosse Kranz spricht über die Entsendung der Betriebsräte...

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Dienstag den 9. Mai, abends 7 Uhr, finden Sessungen der drei Dresdner Bezirksvereine statt. Bezirk Nikolaikirche. Im Volkshaus, Zimmer 6, gemeinsame Sitzung...

Bezirksauschuss-Sitzung. Tagesordnung: 1. Berichte (besonders Erfolg der Operationen), 2. Anträge...

Bezirksauschuss-Sitzung. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Gruppenvertreter.

Zentralvorstand. Donnerstag den 11. Mai, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus, Zimmer 6, eine Zentralvorstandssitzung statt...

5. Klasse 180. Landeslotterie

22. Ziehungstag am 6. Mai 1922. (Ohne Gewähr). 500 000 und 500 000 M. Prämie auf Nr. 83454 (Friedrich u. Co., Leipzig).

600 und 100 000 M. Prämie auf Nr. 8552 (Robert Leberer, Leipzig).

600 und 100 000 M. Prämie auf Nr. 24888 (Kurt Zimmermann, Neustadt i. S.).

600 und 100 000 M. Prämie auf Nr. 58878 (Alexander Geisel, Dresden).

Spiel * Sport * Körperpflege

Die Arbeiter-Turn- und Sportzeitung schreibt in ihrer Nr. 9 vom 3. Mai 1922: Unter diesem Titel beschäftigen wir uns in Nr. 6...

Die Kosten für die Erweiterung des Stadtschwimmbades Dresden. Die Kosten für ein Bad sind auf 25 000 M. veranschlagt. Der Bezirk Dresden möchte sich ursprünglich mit etwa 15 Stellen beteiligen...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Table with lottery results: 600 und 100 000 M. Prämie auf Nr. 88885 (Ed. Merkel, Reimnitzhausen), 600 und 100 000 M. Prämie auf Nr. 98221 (O. Stridemann, Leipzig), etc.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Kochmann; für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Städtechronik u. Aus der Umgebung: Franz Polgappell, etc.

Die unter einem günstigen Stern stehende Veranstaltung hat erneut in durchschlagender Weise gezeigt, wie auch im Arbeiterport...

Fußball-Ergebnisse vom 7. Mai

Propagandspiel zwischen Niederbühl 1 und Chemnitz 1 3:0, ein ruhiges und schönes Spiel wurde durchgeführt. Niederbühl 2 - Chemnitz 2 0:2, Niederbühl 3 - Chemnitz 3 1:3, etc.

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Die Kosten für die Erweiterung des Berufsverbandes. Der Vorsteher teilte noch mit, dass Direktor Spithaler, Geschw. aus dem Bezirksauschuss ausgeschieden...

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off, containing various names and fragments of text.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various names and fragments of text.

